

Vorschau Sommersession 2025

2. – 20. Juni 2025

Übersicht

In der Sommersession debattiert das Parlament über zwei zentrale Vorlagen, die Auswirkungen auf das bewährte Instrument der Sozialpartnerschaft haben. Von besonderer Bedeutung für HotellerieSuisse ist die Annahme des Mehrheitsantrages der Vorlage [24.096](#). Kantonale oder gar kommunale Mindestlöhne untergraben die bewährte Sozialpartnerschaft in der Schweiz. Es gilt, eine Zersplitterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern, welche den Willen der Sozialpartner missachtet – jener Partner, die die Gegebenheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Branche genau kennen.

Die Vorlage [18.455](#) hingegen ist klar abzulehnen. Das Kriterium der Parteivereinbarung fördert die Scheinselbstständigkeit. Die finanziellen Folgen unzureichender sozialer Absicherung trägt am Ende die Allgemeinheit. Statt echtes Unternehmertum zu fördern, begünstigt die Vorlage einseitig bestimmte Geschäftsmodelle – insbesondere die international tätige Plattformökonomie. Dies untergräbt die Fairness auf dem Arbeitsmarkt und schafft ungleich lange Spiesse zwischen den Arbeitgebern.

Nationalrat			Empfehlung
18.455	03.06.2025	Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen	Ablehnung
24.091	04.06.2025	Erstreckung der Verlustverrechnungen	Annahme
23.047	04.06.2025	Kartellgesetz (KG). Änderung	Annahme Minderheitsanträge WAK-N
25.3020	04.06.2025	KMU entlasten: Klartext bei Gebühren für bargeldlose Zahlungsmittel	Annahme
24.096	17.06.2025	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)	Annahme Mehrheitsantrag WAK-N
24.097	17.06.2025	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe)	Annahme
Ständerat			Empfehlung
24.026	03.06.2025	«Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer gerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung)	Annahme
23.051	05.06.2025	Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)	Annahme
24.073	12.06.2025	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente	Annahme Minderheitsantrag SGK-S
25.3424	12.06.2025	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen	Annahme
24.092	19.06.2025	«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)». Volksinitiative	Ablehnung
24.4192	19.06.2025	Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU	Ablehnung

Nationalrat

18.455 Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen (Dienstag, 03.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Ablehnung**.

Die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen zur Selbstständigkeit sind weit entwickelt und garantieren in ihrer heutigen Form Rechtssicherheit. Wird das Kriterium der Parteivereinbarung eingeführt, können immer mehr Personen durch das soziale Netz fallen. Der Staat muss im Ernstfall einspringen. Damit trägt am Ende die Allgemeinheit – also die Steuerzahlenden – die finanziellen Lasten einer ungenügenden sozialen Absicherung. Anstatt Unternehmertum zu fördern, schafft die Vorlage einseitige Vorteile für einzelne Geschäftsmodelle wie die international agierende Plattformökonomie. Das gefährdet die Fairness im Arbeitsmarkt und schafft ungleich lange Spiesse unter Arbeitgebern, insbesondere auch in Branchen, die einem GAV unterstehen. Traditionelle, auf Selbstständigkeit beruhende Betriebe profitieren hingegen nicht von einer solchen Änderung.

24.091 Erstreckung der Verlustverrechnungen (Mittwoch, 04.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

HotellerieSuisse begrüsst die Erstreckung der Verlustverrechnung auf zehn Jahre ausdrücklich. Diese Frist ermöglicht es Unternehmen, nach der Pandemie entstandene Verluste steuerlich besser zu nutzen und ihre Liquidität nachhaltig zu stärken. Die Massnahme trägt wesentlich zur Erholung und Resilienz der von der Pandemie stark betroffenen Beherbergungsbranche bei.

23.047 Kartellgesetz (KG). Änderung (Mittwoch, 04.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Zweitrat)

HotellerieSuisse empfiehlt **beim Art. 5 Abs.1 der Minderheit II und im Art. 7 Abs.3 der Minderheit III zu folgen**.

HotellerieSuisse als KMU-Verband engagiert sich für ein starkes und wirkungsvolles Kartellgesetz in Konformität mit der internationalen Praxis. Gewisse Kreise wollen aber bei der laufenden Revision das Kartellgesetz aufweichen. Gleich doppelt betroffen wären KMU und Bauern: Einerseits drohen höhere Preise beim Einkauf. Andererseits könnten Detailhändler und Verarbeiter die Produzentenpreise für Milch, Fleisch, Getreide und andere Landwirtschaftsprodukte noch weiter drücken. Dies gilt auch für Winzer. Die Schweiz ist schon eine Hochpreisinsel – das Parlament sollte diese Situation nicht zusätzlich verschärfen. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass der Nationalrat in der Sommersession **alle Anträge bei Art. 5 Abs. 1^{bis} und Art. 7 Abs. 3 ablehnt und beim geltenden Recht bleibt** – so wie es der Ständerat gemacht hat.

25.3020 KMU entlasten: Klartext bei Gebühren für bargeldlose Zahlungsmittel (Mittwoch, 04.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Zweitrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

Die Kommissionsmotion (25.3020) fordert mehr Transparenz bei Gebühren für bargeldlose Zahlungsmittel und ist grundsätzlich zu begrüßen. HotellerieSuisse weist jedoch darauf hin, dass diese Initiative ausschliesslich die Händlergebühren («Merchant Service Charge») betrifft und damit eine andere Problematik adressiert. Das zentrale Problem der zu hohen Interchange Fees, welches KMU stark belastet, bleibt ungelöst. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, diese Motion sei ein ausreichender Gegenvorschlag zur dringend nötigen Senkung der Interchange Fees.

24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Dienstag, 17.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die **Annahme des Mehrheitsantrages der WAK-N**.

Kantonale oder gar kommunale Mindestlöhne untergraben die bewährte Sozialpartnerschaft in der Schweiz. Die Löhne werden von den Sozialpartnern festgelegt – im Wissen um die branchenspezifischen Gegebenheiten und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Nimmt der Bund seine umfassende Gesetzgebungskompetenz wahr, verhindert er damit eine Zersplitterung der Arbeitsbedingungen und sichert die Kohärenz des einheitlichen Wirtschaftsraums. Eine Angleichung der Mindestlöhne schwächt zudem den Anreiz zur Aus- und Weiterbildung und verschärft den bestehenden Fachkräftemangel.

24.097 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe) (Dienstag, 17.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

Als Sozialpartner eines der grössten allgemeinverbindlich erklärten Landes-Gesamtarbeitsverträge begrüsst HotellerieSuisse die Vorlage. Die Sozialpartner der Branche setzen die Vorgaben der Aufsichtsbehörden zum Umgang mit Beiträgen seit Jahren sorgfältig um und legen darüber Rechenschaft ab. Dennoch sehen sich die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge vermehrt mit unbegründeten Angriffen auf die Privatautonomie ihrer Vollzugsorgane konfrontiert – Angriffe, die die bewährte Sozialpartnerschaft gefährden.

Ständerat

24.026 «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) (Dienstag, 03.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur Annahme.](#)

Die Beherbergungsbranche unterstützt die Individualbesteuerung im Grundsatz, weil sie die Erwerbsanreize der Zweitverdienenden verbessert. Die überproportionale Besteuerung des Zweiteinkommens (sogenannte Heiratsstrafe) fällt mit der Individualbesteuerung weg und die momentan bestehende Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Personen wird endlich beseitigt. In Zeiten von grossem Fachkräftemangel in der Beherbergungsbranche sind Massnahmen, die positive Beschäftigungseffekte haben, zu befürworten. Die Anreize für Erwerbstätigkeiten steigen, was fördernd für die Wirtschaft und die Beherbergungsbranche mit einem speziell hohen Mangel an Fachkräften ist. Gemäss Bundesamt für Statistik sollen vor allem gut ausgebildete Frauen als potenziell Zweitverdienende einen stärkeren Anreiz haben, ihre Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Dadurch wird die Gleichstellung von Frau und Mann gestärkt. Die Einführung der Individualbesteuerung wird aller Voraussicht nach den Fachkräftemangel lindern, auch in der Beherbergungsbranche, weshalb HotellerieSuisse diese unterstützt.

23.051 Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass) (Donnerstag, 05.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur Annahme.](#)

Die aktuellen Planungs-, Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren können zu erheblichen Verzögerungen bei Projekten führen. Um den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien zügig voranzutreiben, sollen diese Verfahren vereinfacht und insbesondere beschleunigt werden. Der Bundesrat will so die Rahmenbedingungen für einen raschen Ausbau von Produktionsanlagen für erneuerbare Energien sowie für Übertragungsleitungen schaffen. Insgesamt setzt die Vorlage an den richtigen Hebeln an, um die Verfahren für erneuerbare Energien zu beschleunigen. Durch das neue kantonale Plangenehmigungsverfahren und die Beschränkung der Beschwerdemöglichkeiten auf zwei Instanzen werden die Bewilligungsverfahren voraussichtlich deutlich verkürzt.

24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Donnerstag, 12.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Erstrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Annahme des Minderheitsantrages der SGK-S.](#)

HotellerieSuisse unterstützt die Finanzierung der 13. AHV-Rente über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese Lösung verteilt die Kosten auf die gesamte Bevölkerung und verhindert eine zusätzliche Belastung der Lohnkosten, die insbesondere KMU und die Beherbergungsbranche treffen würde. Eine Minderheit der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) schlägt eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozentpunkte bis 2030 vor. HotellerieSuisse unterstützt diese Minderheit und betont die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten.

25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Donnerstag, 12.06.2025)

Stand der Beratungen: Antwort des Bundesrates (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

HotellerieSuisse unterstützt ausdrücklich die Motion zur attraktiveren Gestaltung der freiwilligen Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Angesichts des akuten Fachkräftemangels in der Beherbergungsbranche bietet diese Massnahme wertvolles Potenzial, erfahrene Mitarbeitende länger im Arbeitsprozess zu halten. Die Schaffung finanzieller Anreize durch Anpassungen bei AHV-Beiträgen und Rentenverbesserungen könnte dazu beitragen, den Übergang in den Ruhestand flexibler und attraktiver zu gestalten. Davon profitieren sowohl Betriebe als auch Mitarbeitende.

24.092 «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)». Volksinitiative (Donnerstag, 19.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Ablehnung**.

In der Bundesverfassung ist die Wahrung der Neutralität als Aufgabe von Bundesrat und Parlament definiert, aber ohne inhaltliche Fixierung auf ein bestimmtes Verständnis. Mit der Annahme der Initiative würde dies verändert. Die Initiative will nicht nur die Neutralität der Schweiz, sondern eine bestimmte Ausprägung in der Bundesverfassung verankern. Eine solche Verankerung hätte zur Folge, dass die Neutralität nur noch mit einer Verfassungsrevision weiterentwickelt werden könnte. Das schränkt den sicherheits- und aussenpolitischen Spielraum der Schweiz entscheidend ein. Die Neutralität war bis anhin ein Instrument der Sicherheits-, Aussen- und Wirtschaftspolitik, das sich aufgrund der sich verändernden internationalen Gegebenheiten und völkerrechtlichen Entwicklungen anpasst. Die explizite inhaltliche Verankerung eines bestimmten Verständnisses der Neutralität in der BV bedeutet eine Abkehr von der flexiblen Praxis. Diese ist jedoch bei der Anwendung der Neutralität von grosser Bedeutung, um die Landesinteressen bestmöglich zu wahren.

24.4192 Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU (Donnerstag, 19.06.2025)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Ablehnung**.

Rechtssicherheit und stabile Beziehungen sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz von zentraler Bedeutung. Die internationale Lage ist von zunehmender Unberechenbarkeit geprägt. Die bilateralen Verträge nach sieben Jahren erneut infrage zu stellen, dient weder der Wirtschaft noch der Gesellschaft – und untergräbt zudem die Stabilität der Beziehungen zur EU. Anstatt Vertrauen zu schaffen, entsteht Verunsicherung, und es werden erneut Grundsatzdiskussionen ausgelöst. Im Unterschied zur Situation bei Abschluss der Bilateralen I vor 25 Jahren ist heute der Wert dieser Verträge, die Bedeutung des Vertragspartners EU sowie der durch die bilateralen Beziehungen gesicherte Wohlstand der Schweiz klar erkennbar.